



Bezirk Niedersachsen  
und Sachsen-Anhalt

**Rede  
auf der Kundgebung  
„Atomkraft ? - Nein Danke!“  
am 08. November 2008  
in Gorleben**

**Hartmut Meine**

**Bezirksleiter IG Metall  
Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt  
(Es gilt das gesprochene Wort)**

Sperrfrist: Redebeginn

Liebe Freundinnen und Freunde,  
wir stehen hier in Gorleben, um gemeinsam für vier einfache und klare Forderungen einzutreten. Angesichts des morgigen Castortransportes sind unsere Botschaften an die Adresse der Politik und Atomlobbyisten klar und unmissverständlich:

1. Die Atommülldeponie in Gorleben gehört stillgelegt. Das heißt, der Baustopp für das Erkundungsbergwerk in Gorleben darf nicht aufgehoben werden. Im Gegenteil: Das sogenannte Erkundungsbergwerk muss zurückgebaut werden. Wir sagen: Gorleben hat ein Recht auf eine strahlungsarme Zukunft!
2. Jahrelang haben uns die Experten erzählt, das Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel sei sicher. Nach nur 40 Jahren haben diese Experten ein Desaster erlebt. Wer daraus keine Konsequenzen zieht, handelt fahrlässig und gefährdet die Gesundheit der dort lebenden Menschen. Die skandalösen Vorfälle im Salzbergwerk lassen nur einen Schluss zu: Eine sichere Lagerung von Atommüll ist nicht möglich, daher ist der Ausstieg aus der Atomenergie unabdingbar!
3. Als wenn Gorleben und Asse nicht genug wären, will man in Niedersachsen eine dritte

Atommülldeponie in Betrieb nehmen. In Salzgitter streiten seit vielen Jahren die örtliche Anti-Atomkraftbewegung und die örtliche IG Metall gegen Schacht Konrad. Ich sehe unter uns viele Metallerinnen und Metaller aus den Industriebetrieben in Salzgitter und viele Aktivisten aus Salzgitter. Mit ihnen gemeinsam sagen wir: Schacht Konrad in Salzgitter darf nicht in Betrieb genommen werden! Niedersachsen ist nicht die Atommülldeponie für die Republik!

Und liebe Freundinnen und Freunde, unsere 4. Forderung an die Politik und Atomlobbyisten lautet: Atomkraft ist eine veraltete, rückwärtsgewandte Technologie. Die hat bei uns keinen Platz! Bei uns in der Bundesrepublik darf nie wieder ein Atomkraftwerk gebaut werden. Es reicht nicht aus, ausschließlich gegen Endlagerstätten für Atommüll zu demonstrieren, sondern wir müssen an die Ursachen ran. Wir müssen an die Wurzeln des Übels.

Wenn angesichts der drohenden Klimakatastrophe die PR-Abteilungen der Energiekonzerne und der Atomindustrie neuerdings wieder aus den Löchern kommen und uns einen Energiemix unter Einschluss der Atomenergie versuchen schmackhaft zu machen, müssen wir uns wehren. Wenn CDU und FDP auf diesen Zug aufspringen, müssen wir uns gemeinsam wehren.

Der Boss des Energieerzeugers RWE, Jürgen Großmann, erklärte kürzlich in der Süddeutschen Zeitung, ich zitiere: „Wir werden wieder Atomkraftwerke bauen.“

Sie kommen wieder aus der Deckung. Die Gefahr eines Wiedereinstiegs in die Kernenergie ist noch nicht gebannt. Auch das macht deutlich, dass wir mit unseren Protesten nicht nachlassen dürfen.

Wir stehen gemeinsam heute hier in Gorleben und protestieren gegen den Castor,  
gegen Atommüll in Gorleben,  
in der Asse sowie  
im Schacht Konrad  
und gegen die weitere Nutzung der Atomenergie!

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
die Anti-Atomkraftbewegung und die Gewerkschaften  
haben mehr gemeinsam als sie ahnen.

- Uns vereint in den Protesten, dass wir für die Interessen der Menschen in den Betrieben und in den Regionen streiten und kämpfen.
- Uns vereint, dass wir in der Lage sind, eine große Anzahl von Menschen zu mobilisieren, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen.  
Allein in der letzten Woche sind tausende Metallerrinnen und Metaller für 8 Prozent mehr Geld auf die Straße gegangen. Auch hier bei den größten Metallbetrieben aus dem Wendland – bei SKF und Hay Speed Systems in Lüchow.
- Uns vereint, dass wir gegen die Mächtigen in dieser Gesellschaft kämpfen. Sei es, dass sie in den Chefetagen der Metallkonzerne sitzen, sei es, dass sie in den Chefetagen der Energie- und Atomindustrie-Unternehmen sitzen.
- Uns vereint unsere Zielsetzung:  
Wir - Gewerkschaften und Anti-Atomkraftbewegung - stehen gemeinsam für eine menschliche, ökologische und soziale Gesellschaft in Deutschland.

Ich rufe den Herren in den Chefetagen zu,  
zieht euch warm an, wenn die Anti-Atomkraftbewegung  
und die Gewerkschaften gemeinsam handeln, dann,  
meine Herren, wird es verdammt ungemütlich für euch.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
uns vereint auch die Sichtweise, dass es Alternativen zur  
Atomenergie gibt. Es sind von Wissenschaftlern  
Szenarien entwickelt worden, wie wir unseren  
Energiebedarf wesentlich besser sicherstellen können,  
als durch schmutzige Atomkraft.

An erster Stelle ist eine bessere Energieeffizienz zu  
nennen. Das Einsparungspotential durch bessere  
Nutzung bestehender Energieformen, sowohl in der  
Verkehrstechnik als auch im Gebäudebau, ist immens.  
Würden flächendeckend Niedrigenergie- und  
Passivhäuser gebaut,  
würden flächendeckend Alt-Gebäude konsequent mit  
Wärmedämmsystemen versehen,  
würde in Wohnräumen, aber auch in Betrieben und  
Verwaltungen konsequent daran gearbeitet,  
Energieverschwendung zu vermeiden und Energieeinsatz  
zu optimieren, hätten wir einen wesentlich geringeren  
Energiebedarf und eine bessere Klimabilanz. Wenn das  
alles geschehen würde, entstünden auch zusätzliche  
Arbeitsplätze.

Jedem Teilnehmenden dieser Demonstration ist klar, dass durch den stärkeren Einsatz von regenerativen Energien, wie Windenergie, Biomasse und Solarzellen, Energie sauber und ökologisch erzeugt werden kann. Diese regenerativen Energien sind der Wegweiser für eine Energieversorgung der Zukunft und liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte darauf hinweisen, dass diese Energieanlagen von Ingenieurinnen und Ingenieuren in der Metallindustrie entwickelt und von Metallarbeiterinnen und Metallarbeitern produziert werden.

Die Windkraftenergie, die noch vor 20 Jahren lächerlich gemacht wurde, hat sich zu einer eigenen Branche der Metallindustrie entwickelt. Es wird heute in Deutschland mehr Stahl für Windkraftanlagen eingesetzt, als ihn die gesamte deutsche Werftindustrie benötigt.

Eine ähnliche Dynamik nimmt die Herstellung von Solarzellen ein. Es sind insbesondere in den neuen Bundesländern in den letzten Jahren zahlreiche neue Betriebe entstanden, in denen in großem Maßstab Solarzellen hergestellt werden.

Anlagen zur Windenergie und Solarsysteme sichern zehntausende von Arbeitsplätzen in der Metallindustrie. Auch deshalb setzen wir als IG Metall auf die Förderung regenerativer Energien. Wir sehen hier phantastische Zukunftschancen für sichere Arbeitsplätze und eine sichere und saubere Energieversorgung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch auf einen Skandal hinweisen:

In der Windkraftbranche und der Solarindustrie haben Betriebsräte und Gewerkschaften Seltenheitswert. Windkraftanlagen und Solarzellen werden in Deutschland überwiegend in tariffreien Zonen zu Billiglöhnen hergestellt. Mehrere Firmen der beiden Branchen arbeiten mit den übelsten Methoden, um Betriebsräte und Gewerkschaften in ihren Unternehmen zu verhindern. Systeme für saubere Energien werden zu unsauberen, undemokratischen Tarifdumpingbedingungen hergestellt. Das muss sich dringend ändern. Deshalb bitte ich hier auch um die Unterstützung der Anti-Atomkraftbewegung, wenn wir als IG Metall sagen:

Ingenieurinnen und Ingenieure, die Windkraftanlagen und Solarsysteme entwickeln und die Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter, die sie herstellen, haben ein Recht auf gute Bezahlung!

Sie haben ein Recht auf Tarifverträge und sie haben ein Recht auf einen Betriebsrat!



Wenn der größte Hersteller von Windkraftanlagen - die Firma Enercon in Aurich und Magdeburg – alles tut Menschen die demokratischen Rechte im Betrieb zu verweigern, ist das ein unglaublicher Skandal!

Der Besitzer der Firma Enercon, Aloys Wobben, ist der reichste Niedersachse mit einem Vermögen von 5,5 Milliarden Euro. Seit Jahren profitiert er von staatlicher Förderung und verhindert gleichzeitig Betriebsratswahlen und beschäftigt Menschen zu tariflosen Bedingungen. Das Gleiche gilt für die Solarbranche. Auch hier gibt es eine Vielzahl von Unternehmen, die ihren Beschäftigten demokratische Rechte verweigern. Ein Beispiel ist das Unternehmen First Solar in Frankfurt an der Oder. Die Geschäftsführung unternimmt alles, um die Wahl eines Betriebsrates zu vereiteln.

Deshalb fordere ich an dieser Stelle die Politik auf, staatliche Förderung an die demokratischen Grundsätze und tarifliche Bedingungen in den Betrieben zu knüpfen. Die IG Metall fordert: Saubere Energie zu sauberen Arbeitsbedingungen!

Wir werden nicht locker lassen. Wir werden weiter streiten und kämpfen für die Interessen der Beschäftigten bei Enercon, bei First Solar und in allen anderen Unternehmen der regenerativen Energiebranche.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
wir sollten den Ausstieg aus der Atomindustrie zum  
Bundestags-Wahlkampfthema 2009 machen. Ich bin  
dafür, dass wir sowohl durch Demonstrationen, aber auch  
in den Parlamenten gegen den Wiedereinstieg in die  
Atomwirtschaft kämpfen und streiten.

Wenn wir uns die Positionen der politischen Parteien  
anschauen, dann ist offensichtlich, dass mindestens zwei  
Parteien, nämlich CDU und FDP, den Wiedereinstieg in  
die Atomindustrie offen halten.

Ich will es auf den Punkt bringen.

Schwarz-Gelb heißt Atomstrom. Das sieht man nicht nur  
an den schwarz-gelben Aufklebern auf den Fässern. Wer  
also kein Atomstrom will, muss bei der Bundestagswahl  
2009 eine schwarz-gelbe Koalition von CDU und FDP  
verhindern.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
mit unserem heutigen Protest setzen wir erneut ein  
Ausrufezeichen gegen die Atomindustrie und für eine  
ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft. Wenn  
heute von dieser Kundgebung das Signal ausgeht, dass  
noch stärker als in der Vergangenheit Gewerkschaften  
und Anti-Atomkraftbewegung gemeinsam handeln  
können, dann wird es unsere Chancen für die  
Verwirklichung einer ökologischen und sozialen  
Gesellschaft verbessern.

Ich will schließen mit zwei Sätzen, einen aus der  
Gewerkschaftsbewegung und einen aus der Anti-  
Atomkraftbewegung.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sagen:  
Solidarität macht uns stark. Gemeinsam sind wir stark.  
Und es gibt einen Satz aus der Anti-Atomkraftbewegung,  
der uns hier alle vereint und der schon 1979 auf dem  
Hüttendorf stand: Wir sagen: Gorleben soll leben!